



17.11.2023

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mit dem Bürgergeld setzen wir vor allem auf Qualifizierung und Weiterbildung für eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration, statt populistisch nach Arbeitspflichten zu rufen, die in der Praxis nicht funktionieren. Dass sich Arbeit lohnt und es für gute Arbeit mehr braucht als populistische Parolen hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil am Montag bei „Hart aber fair“ klargestellt. Er hat aufgedeckt, wie weit die aktuelle CDU-Kampagne gegen das Bürgergeld von der Wirklichkeit entfernt ist. Es ist schade, dass die Union sich jetzt von der AfD getrieben dazu herablässt, Arbeitslose gegen Geringverdienende auszuspielen. Unanständige Unterstellungen an Menschen, die arbeitslos sind, sollen davon ablenken, dass die Union nichts für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tut. Wenn es um den Respekt vor harter Arbeit geht, wissen wir die Union dann nämlich leider nicht an unserer Seite, sei es bei der Mindestloohnerhöhung oder der Tariftreue. Mit der Einführung des Bürgergelds ist es gelungen, Drehtüreffekte wie bei Hartz IV, bei denen nach ein paar Monaten wieder Arbeitslosigkeit eintritt, zu beenden. Dass das klug und günstiger ist, weiß auch die Union, die schließlich auch zugestimmt hat.



Ich freue mich immer mit Schülerinnen und Schülern ins Gespräch zu kommen. Anfang dieser Woche hatte ich Gäste aus dem Kreis Grodzisk in Polen. Die Gruppe war vorher gemeinsam mit ihrem Landrat Mariusz Zgainski und dem

Kreistagsvorsitzenden Sebastian Skrzypczak zu Besuch im Lahn-Dill-Kreis, dem Partnerkreis. Auf dem Rückweg haben sie einen Zwischenstopp bei mir im Berliner Reichstagsgebäude eingelegt. Es ist immer gut, gerade junge Menschen für solche Partnerschaften zu begeistern. Vielen Dank für den Besuch!

Am Mittwoch hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass das Vorgehen der Bundesregierung beim Klima- und Transformationsfonds nicht zulässig war. Mit dem Gesetz war eine im Haushaltsjahr 2021 nicht benötigte Kreditermächtigung für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie von 60 Mill. Euro rückwirkend auf den Klima- und Transformationsfonds übertragen worden, um sie in zukünftigen Haushaltsjahren zu nutzen. Dieses grundlegende Urteil wirkt sich nicht auf den Zeitplan für den Bundeshaushalt 2024 aus. Wir werden am 01.12. einen Bundeshaushalt mit Investitionen für die Zukunft verabschieden. Für uns ist klar: Klimaschutz und sozialer Zusammenhalt dürfen nicht die Verlierer sein.

In Vorbereitung zur Verabschiedung des Bundeshaushalts hat am Donnerstag die sogenannte Bereinigungssitzung stattgefunden. Wie in jedem Jahr wird der Haushalt im Sommer vorgelegt und dann intensiv in den Fraktionen und Ausschüssen beraten. Vor der Verabschiedung des Bundeshaushalts verhandeln die Abgeordneten über die Schwerpunkte, die wir als Parlament setzen. Denn über den Haushalt entscheidet das Parlament, nicht die Bundesregierung.

Ich bin froh, dass es uns dank einer gemeinsamen Kraftanstrengung der Ampel-Koalition gelungen ist, einige wichtige Punkte zu erreichen. So erhalten jetzt die Jobcenter eine Summe von zusätzlich 750 Mio. Euro, um die Ziele der Bürgergeldreform und des kürzlich von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil ausgerufenen Jobturbos umzusetzen. Ziel ist, Langzeitarbeitslose und Geflüchtete noch zügiger in sozialversicherungspflichtige Jobs zu vermitteln.

Im letzten Sommer haben wir die Special Olympics World Games 2023 in Berlin erlebt. Um diesen Inklusionserfolg dauerhaft zu sichern und damit es uns gelingt, dass Menschen mit Behinderung auch in unseren Breitensportvereinen einen festen Platz einnehmen können, haben wir dafür gesorgt, dass der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention um 1 Mio. Euro verstärkt wird.

Unsere Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie muss immer wieder gegen Angriffe verteidigt werden. Unser Grundgesetz gibt uns allen das Recht, Meinungen auszutauschen. Dabei muss klar sein, dass wir immer fest auf dem Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen. Angriffe gegen unsere Demokratie und gegen unsere Freiheiten haben keinen Platz. Das gilt insbesondere für Beamtinnen und Beamte, die in einem Treueverhältnis zu unserem Staat stehen. Deswegen ist es gut, dass Extremistinnen und Extremisten

**MEHR GELD**  
DAS HABEN WIR AUS DEN HAUSAHLTSBERATUNGEN RAUSGEOHLT

- ➔ **750 Mio. Euro** mehr für den **Jobturbo** zur Arbeitsmarktintegration
- ➔ **80 Mio. Euro** mehr für **Freiwilligendienste**
- ➔ Kürzungen beim **Elterngeld** zurückgenommen
- ➔ Präventionsprogramm **Respect Coaches** gerettet
- ➔ **1 Mio. Euro** für **Inklusion im Breitensport**
- ➔ **15 Mio. Euro** mehr für das **THW**

#dieschmidt Soziale Politik für Dich.

oder andere Verfassungsfeinde zukünftig schneller aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden können. Die überwiegende Zahl der Bundesbeamtinnen und -beamten ist rechtstreu. Die wenigen Ausnahmen schädigen das Vertrauen umso mehr. Deswegen bin ich froh, dass mit den am Donnerstag beschlossenen Änderungen die zuständigen Behörden alle status-relevanten Disziplinarmaßnahmen (z.B. Entfernungen, Aberkennung des Ruhegehalts) per Verfügung aussprechen können. Sie müssen dann keine langwierigen Disziplinarverfahren vor Verwaltungsgerichten erheben.

Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine hat bei uns die Energiepreise steigen lassen. Vor allem Strom, Gas und Wärme wurden plötzlich teurer. Damit Energie bezahlbar bleibt und alle gut durch den Winter kommen, haben wir gehandelt und so sichergestellt, dass niemand frieren muss. In diesem Jahr sind unsere Gasspeicher vor dem Winter gut gefüllt. Da Russland weiter Krieg gegen die Ukraine führt, können hohe Energiepreise und Schwankungen am Markt aber nicht ausgeschlossen werden. Deswegen ist es gut, dass wir die Preisbremsen für leitungsgebundenes Erdgas, Wärme und Strom über den 31.12.2023 hinaus bis zum 30.04.2024 verlängern. Auch für die Industrie gab es von der Ampel-Regierung ein klares Signal mit der Einigung beim Industriestrompreis. Es ist wichtig, dass Strom für energieintensive Unternehmen bezahlbar ist, damit die Preise unserer Produkte am Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben. Mit der nun geplanten Entlastung durch die deutliche Senkung der Stromsteuer und der Ausweitung der bisherigen Strompreiskompensation für Unternehmen, die besonders unter den hohen Strompreisen leiden, sichern wir gute Arbeit vor Ort. Damit bauen wir eine Brücke, bis wir den Ausbau von Erneuerbaren Energien und der dafür nötigen Infrastruktur vorangetrieben haben. Mit Erneuerbaren Energien schaffen wir nicht nur eine klimaneutrale Industrie in Deutschland. Sonne und Wind schreiben keine Rechnung. So werden die Strompreise langfristig für alle deutlich gesenkt.

In Hessen blicken gerade viele Menschen nach Wiesbaden. Dort kommen CDU und SPD zu Koalitionsgesprächen für die nächste Landesregierung zusammen. Dabei werden auch wichtige Weichen für die Umsetzung von Bundesgesetzen gestellt. Bei der Krankenhausreform sind wir ohnehin im stetigen Austausch mit den Ländern, die durch ihre Aufgabe der Krankenhausplanung, ihren Beitrag zur Krankenhausreform leisten. Diese Aufgabe haben die Länder aber schon heute und wir sehen, wie sie von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich umgesetzt wird. Gleiches gilt für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes oder der Inklusion in Kitas. Ich hoffe, dass wir ab Januar mit der neuen Landesregierung in diesen Punkten viel auf den Weg bringen können.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt